



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0015/2020

Vorlage: ST/0015/2020		Datum: 28.01.2020	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	36-Umweltamt	Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Foodsharing			
Gremienweg:			
06.02.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Foodsharing ist eine Initiative, die sich gegen Lebensmittelverschwendung engagiert. Insoweit werden ungewollte und überproduzierte Lebensmittel in privaten Haushalten sowie von kleinen und großen Betrieben vor dem Verderben bzw. Wegwerfen "gerettet". Die Vernetzung erfolgt über eine Internetplattform, auf der sich die Lebensmittelretter*innen (Foodsharer/Foodsaver) in den einzelnen Städten und Regionen ehrenamtlich koordinieren. Über die Plattform werden auch überregionale Themen, Veranstaltungen und Informationen veröffentlicht. Insoweit ist das System auf privater Ebene organisiert und bedarf eines gewissen ehrenamtlichen Engagements. Kooperierende Betriebe in diesem System sind in aller Regel Bäckereien, Obst- und Gemüsehändler, Filialen von Supermärkten, Wochenmärkte, Restaurants, Kantinen, Café's, Catering-Services, Bauernhöfe. Die Betriebe können dabei ihre sonst zur Entsorgung anstehenden Lebensmittel einer weiteren Verwendung zuführen, sparen Entsorgungskosten und setzen ein Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung. In den Betrieben ist auch entsprechendes Fachpersonal und somit auch ein betriebsverantwortlicher Foodsaver vorhanden.

Aus den vorgenannten Gründen wird es aus der Sicht der Verwaltung als wenig sinnvoll und relativ schwierig umsetzbar angesehen, eine Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hierbei sollte auch Berücksichtigung finden, dass die Raumsituation der Verwaltung ohnehin schon sehr beengt ist und diese Räumlichkeit auch entsprechend personell betreut werden müsste. Insoweit muss neben der sachlichen Ausstattung des Raumes auch ein verantwortlicher "Foodsaver" vorhanden sein, der sich um den realen Austausch der Lebensmittel kümmert, d. h. diese annimmt, prüft, einsortiert und entsprechend weitergibt und nicht zuletzt die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorschriften gewährleistet. Diesbezüglich steht die Stadtverwaltung als öffentliche-rechtliche Körperschaft in einer besonderen Verantwortung.

Die Verwaltung schlägt vor, das Gespräch mit der in Koblenz tätigen Foodsharingorganisation zu suchen, um Möglichkeiten der Unterstützung durch die Stadt Koblenz zu besprechen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag insoweit zu entsprechen, als die Verwaltung beauftragt wird, das Gespräch mit der in Koblenz tätigen Foodsharingorganisation zu suchen, um Möglichkeiten der Unterstützung durch die Stadt Koblenz zu erörtern.

